

# Isabelle Bourboulon Kommt der Finanz-Crash 2.0?

Zehn Jahre nach der **Lehman-Pleite**:  
Für ein Finanzsystem im Interesse der Vielen

VSA:



Isabelle Bourboulon  
Kommt der Finanz-Crash 2.0?

*Isabelle Bourboulon* ist Journalistin, Buchautorin und Radioproduzentin u.a. für France Culture und Le Monde Diplomatique. Das Buch entstand in Zusammenarbeit mit einem Redaktionskollektiv bestehend aus: *Dominique Plihon* (Attac Frankreich), *Myriam Vander Stichele* (SOMO – Centre for Research on Multinational Corporations, Amsterdam), *Peter Wahl* (Attac Deutschland)

**Isabelle Bourboulon**  
**Kommt der Finanz-Crash 2.0?**  
**Zehn Jahre nach der Lehman Pleite:**  
**Für ein Finanzsystem im Interesse**  
**der Vielen**

**[www.attac.de](http://www.attac.de)**

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelbild: AFP/Daniel Roland

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten:

Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN: 978-3-89965-838-5

# Inhalt

<b>Ein Leitfaden für politisches Handeln</b> .....	9
<b>1. Es war einmal – vor zehn Jahren</b> .....	11
Was hat die Krise ausgelöst? .....	11
Wer hatte die Krise vorhergesagt? .....	13
Wie hat die Politik reagiert? .....	14
Die Folgen für Wirtschaft und Bevölkerung .....	15
Wie das Krisenmanagement die Krise verschärft hat .....	16
Wie »ihre« Krise zu »unserer« Krise wurde .....	18
Wer hat von der Krise profitiert? .....	19
Was haben die Banken mit den Milliarden der Zentralbanken gemacht? .....	19
Katastrophale Folgen für die Länder des Südens .....	20
Warum ist diese Krise systemisch? .....	21
Ist es eine moralische Krise? .....	23
Ist es der Bankrott einer Ideologie? .....	24
<b>2. Was ist in den letzten zehn Jahren passiert?</b> .....	27
Warum ist die Krise noch nicht vorbei? .....	27
Die Macht der Finanzmärkte hat weiter zugenommen .....	28
Der Fantasie der Investoren sind keine Grenzen gesetzt .....	29
Reich werden in einer Nanosekunde! .....	30
Warum sind die Finanzmärkte unkontrollierbar? .....	31
Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit: das absolute Credo	32
Finanzlobby gegen Reformen .....	33
Die Zentralbanken manövrieren .....	34
Deutschland – Gendarm der Haushaltspolitik .....	36

Austerität – eine Pferdekur .....	37
Griechenland blutet aus .....	38
<b>3. Zehn Jahre danach – business as usual .....</b>	<b>41</b>
Reformen voller Löcher .....	41
Reformen im Schongang .....	43
Business as usual im globalen Kasino .....	44
Finanzlobby: Achtung, Demokratie in Gefahr! .....	46
Die globale Verschuldung explodiert .....	47
Steuervermeidung: ein Skandal jagt den anderen .....	49
Verantwortungslosigkeit und Straflosigkeit: kriminelle Praktiken als Managementmethode .....	50
Die Ungleichheit wächst .....	51
Trump demontiert die Finanzmarktregulierung .....	53
Kann man die Finanzierung der ökologischen Wende dem »green banking« anvertrauen? .....	54
Die Fintech-Branche: Willkommen im Dschungel! .....	56
<b>4. Ein Finanzsystem im Interesse der Vielen .....</b>	<b>59</b>
Das düstere Szenario: ein neuer Finanzcrash! .....	59
Eine neue Krise schlimmer als die von 2008 .....	60
Das alternative Szenario: eine realistische Utopie .....	61
Das Kasino wird dicht gemacht .....	62
Priorität für den ökologischen und sozialen Wandel .....	63
Schuldengrenzen .....	64
Die Banken werden streng überwacht .....	65
Ein Krisenfonds gegen Insolvenz .....	66
Keine Straffreiheit mehr für Steuerflucht .....	67
Die Politik hat wieder die Kontrolle über die Finanzmärkte ..	68

Die EZB dient den Interessen der Vielen – nicht mehr den Märkten .....	69
Ende der Kollaboration zwischen Politik und Finanzindustrie	70
EU setzt auf flexible und differenzielle Integration .....	70
Die internationale Zusammenarbeit wird verstärkt .....	72
Ein neues Bretton-Woods-Abkommen .....	73
Gemeinschaftsgüter als Grundlage einer neuen Demokratie	73
<b>Anhang</b> .....	75
»Gerechter Zorn« nach zehn Jahren Krise:	
Die Kontrolle der Finanzmärkte übernehmen! .....	75



# Ein Leitfaden für politisches Handeln

Unsere Gesellschaft ist in Gefahr, wenn ein Teil so einflussreich geworden ist, dass er alle anderen dominiert und ihnen seinen Willen aufzwingen kann. Sie ist in Gefahr, wenn mächtige Minderheiten ihre Interessen und ihr Dominanzstreben durchsetzen können. Obwohl unsere Gesellschaft ihrem Selbstverständnis nach demokratisch ist, muss sie sich dem Willen einer sehr mächtigen Kraft unterordnen, die ihre Interessen rücksichtslos verfolgt. Diese Macht sind die globalisierten Finanzmärkte. Sie kennen keine Grenzen mehr, keine geografischen Grenzen und keine Grenzen für ihr maßloses Profitstreben. Wir bezeichnen sie als Kasino. Denn ihr Kerngeschäft ist die Spekulation, das Zocken mit gigantischen Summen. Ihr Umgang mit Risiken und Verantwortung gleicht dem des Glücksspielers.

Zehn Jahre nach der Krise 2008 ist die Lage für die Finanzmarktakteure heute wieder recht bequem. Die zaghaften Reformen der ersten Jahre nach dem Crash haben es nicht vermocht, ihre Macht ernsthaft einzuschränken. Ganz zu schweigen davon, dass sich in Europa und den USA derzeit eine neue Phase der Deregulierung abzeichnet. So dreht US-Präsident Trump die unter seinem Vorgänger eingeleiteten Regulierungsmaßnahmen wieder kräftig zurück. Anscheinend haben die Politiker die Lehren aus der Krise schon wieder vergessen. Der nächste Crash kann jederzeit kommen.

Viele Menschen sind angesichts dieser gefährlichen Situation und der himmelschreienden Ungerechtigkeit empört. Aber sie fühlen sich machtlos, den Lauf der Dinge zu ändern. Die meisten sind überzeugt, dass die Banken immer noch mit der gleichen Verantwortungslosigkeit wie früher gemanagt werden. Da das moderne Finanzwesen auf raffinierte Weise mathematisiert und intransparent ist – quasi wie eine Geheimsprache, mit der Laien davon abgehalten werden sollen, Einblick in die Zusammenhänge zu gewinnen –, entziehen sich seine Funktionsweise und deren Probleme der demokratischen Diskussion. Und doch gilt: Die einzigen politischen Kämpfe, die man verliert, sind jene,

die nicht gekämpft wurden! Viele Menschen suchen nach Möglichkeiten für politisches Handeln. Sie wollen Widerstand leisten und dazu beitragen, dass das Finanzsystem der Gesellschaft dient und nicht umgekehrt.

Für sie ist dieses Buch. Geschrieben in Form eines populären Leitfadens, zugänglich für jedes Publikum, soll es uns helfen, die Ursprünge der Krise von 2008 zu verstehen, warum sie ausbrach und sich über die ganze Welt ausbreitete, und wie sie unsere Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen beeinflusste. Im zweiten Kapitel wird analysiert, was getan wurde – oder nicht getan wurde –, um das internationale Finanzsystem zu reformieren und warum die Krise nicht wirklich gelöst ist. Dabei werfen wir auch einen Blick auf die Folgen für die Länder des Südens. Im Anschluss wird die aktuelle Situation beschrieben, die Zunahme der Ungleichheit, die Rolle von Steuerparadiesen, die ungebrochene Macht des Finanzkapitals. Schließlich werden im vierten und letzten Teil Vorschläge für die demokratische Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte gemacht, für den Vorrang des Rechts vor der Macht des Geldes.

Dieses Buch erscheint in mehreren Sprachen (Französisch, Englisch, Deutsch und Spanisch). Es dient auch der Unterstützung der politischen Kampagne *Zehn Jahre Finanzkrise* – organisiert von sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft in Europa. Höhepunkt wird der 15. September 2018 sein, der zehnte Jahrestag des Bankrotts von *Lehman Brothers*.

Wir hoffen, dass dieses Buch über die Kampagne 2018 hinaus dazu beiträgt, Gegenmacht gegen die Welt des Finanzkapitals zu organisieren – lokal, auf nationaler Ebene und international. Die Herren des Geldes halten mehr als je zuvor an ihren Privilegien und Profiten auf Kosten der Gesellschaft fest. Es kommt darauf an, die Kräfteverhältnisse zu verändern. Dafür werden bürgerschaftliches Engagement, aber auch ziviler Ungehorsam wichtige Instrumente sein, um die neue und solidarische Welt zu schaffen, die wir anstreben.

# 1. Es war einmal – vor zehn Jahren

## Was hat die Krise ausgelöst?

Seit den 1980er Jahren ist die Marktideologie auf dem Vormarsch. Maßnahmen zur Privatisierung und Liberalisierung des Finanzsektors und der Kapitalströme wurden auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene durchgeführt, ohne dass entsprechende Krisenvorbeugungsmechanismen geschaffen worden wären. In den 2000er Jahren wurden in den USA die privaten Haushalte zum Erwerb von Immobilien angehalten. Immobilienkredite wurden dereguliert, indem die Verschuldungsgrenze für Privathaushalte, einschließlich der unteren Einkommensgruppen, immer weiter angehoben wurde. Amerikanische Banken ermutigten die Haushalte, sich über ihre Verhältnisse hinaus zu verschulden, zunächst zu Nullzinsen, dann zu variablen Sätzen, die an die Marktzinsen angelehnt waren. Ziel war es, die seit Langem anhaltende Stagnation der Reallöhne auszugleichen. So konnte durch die private Verschuldung die Kaufkraft der Haushalte und die Konjunktur am Laufen gehalten werden. Getrieben vom Übermaß an Krediten entstand eine gewaltige Immobilienblase, bis schließlich die Preise nicht mehr stiegen, sondern zu fallen begannen. 2004 beschloss die *Federal Reserve (FED)*, die US-Notenbank, ihre Zinssätze zu erhöhen, um die Spekulation einzudämmen. Der Sturm begann, sich zusammenzubrauen.

Im Frühjahr und Sommer 2007 drehte sich der US-Immobilienmarkt. Für viele private Haushalte zog sich die Schlinge zu. Sie konnten ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Banken nicht mehr nachkommen. Die Banken, getrieben von den neoliberalen Praktiken der Finanzialisierung, packten faule und riskante Immobilienkredite in komplexe Finanzprodukte, die sogenannten *Collateralised Debt Obligations (CDOs)*. Diese Produkte, die Forderungen in Tranchen unterteilen – von weniger riskant bis risikoreich –, wurden von Insidern als *giftig* oder *radioaktiv* bezeichnet. Dennoch wurden sie weltweit an Investoren verkauft.

Ab Juni 2007 breitete sich die Krise in den Industrieländern rapide aus. Am 22. Juni gab die Investmentbank *Bear Stearns*, die viele dieser faulen Forderungen hielt, den Konkurs von zwei ihrer Hedgefonds bekannt, und am 26. Juli stürzten die Börsen ab. Am 14. September brach die britische Bank *Northern Rock* nach einer Panik unter ihren Kunden zusammen. Sie wurde am 22. Februar 2008 von der britischen Regierung verstaatlicht und ist seither ein Symbol der Finanzkrise. Um eine Liquiditätskrise im Bankensystem zu vermeiden, verliehen die Zentralbanken aller großen Volkswirtschaften von heute auf morgen Hunderte von Milliarden Dollar, Euro, Yen und Pfund. Darüber hinaus senkte die FED im weiteren Verlauf der Jahre 2007 und 2008 ihren Leitzins von 5,25% auf 0%, um die Übertragung der Krise auf die Realwirtschaft zu verhindern. Doch das änderte nicht viel. Weder konnten die Zahlungsunfähigkeit vieler Institute noch schwerwiegende Auswirkungen auf die Realwirtschaft verhindert werden. Nach und nach kam es zum Kauf von *Bear Stearns* durch *JP Morgan Chase*, zur Verstaatlichung zweier riesiger Immobilienbanken, *Fannie Mae* und *Freddie Mac*, und zum Konkurs der größten Versicherung, der *American International Group (AIG)*. AIG hatte komplexe Derivate, darunter sogenannte *Credit Default Swaps (CDS)*, verkauft, die eigentlich als Versicherung gegen die Nichtbedienung von Immobilienkrediten, einschließlich Subprime-Darlehen, gedacht waren. Der Zusammenbruch von *Lehman Brothers* am 15. September 2008 löste die klassische Kettenreaktion aus, wie wir sie aus allen großen Finanzkrisen kennen. Das globale Bankensystem war in seinen Grundfesten erschüttert. An den großen Finanzzentren herrschte Panik und der Zahlungsverkehr kam zum Erliegen, insbesondere der Interbankenverkehr (in normalen Zeiten leihen die Banken sich ständig große Summen). Das führte zu einer Kreditklemme. Die Welt war mit der schwersten Finanzkrise seit dem *Schwarzen Freitag* 1928 konfrontiert.

## Wer hatte die Krise vorhergesagt?

Außer zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac und einigen heterodoxen Ökonomen hatten nur wenige Stimmen vor den Risiken und der Instabilität der liberalisierten Finanzmärkte gewarnt. Noch in den Monaten vor der Großen Krise waren die Prognosen der großen multilateralen Institutionen und der Zentralbanken optimistisch, und die Rating-Agenturen gaben Banken, die kurz danach bankrottgingen, ein Triple A, also das bestmögliche Rating. Die *Europäische Zentralbank (EZB)* unter der Leitung von Jean-Claude Trichet ahnte nichts von der Krise und beschloss noch im Sommer 2008 aus Angst vor Inflation die Zinsen anzuheben. *Alan Greenspan*, bis 2006 Chef der FED, war nur wenige Wochen vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers überzeugt, dass die Bilanzen der Bank solide sind. Und warum? »Weil es nun vierzig Jahre und länger so war, dass alles perfekt funktionierte.«

Oliver Wyman, einer der prominentesten Finanzstrategen und Chef einer weltweiten Unternehmensberatung, sagte nach der Prüfung der *Anglo Irish Bank*: »Sie ist die beste Bank der Welt.« Vier Jahre später ging sie in Konkurs und verursachte einen Einbruch des irischen BIP um 30%. Nach dem G8-Gipfel 2007 reagierte der Chef der *Deutschen Bank*, Josef Ackermann, auf die Kritik von Attac Deutschland an den Risiken von Verbriefungen und neuen Produkten: »Sie erhöhen die Risikosicherheit des Gesamtsystems und die Stabilität der Finanzmärkte. Deshalb sind sie keine Gefahr.« Jim O'Neill, der Star-Analyst von Goldman Sachs, setzte auf ein grandioses Comeback der Vereinigten Staaten ab 2011. Er meinte, der Aktienmarkt würde um 20% zulegen und die Arbeitslosigkeit auf das Vorkrisenniveau sinken. Man könnte über diese hochbezahlten Analysten und Finanzpropheten lachen, wenn der Crash nicht so katastrophale soziale Folgen – Verarmung, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation – gehabt hätte.

Was die verantwortlichen Politiker in der EU angeht, so konnten manche vor der Krise noch nicht einmal den Namen *Subprime*. In Frankreich empfahl der rechte Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen, Nicolas Sarkozy, das Hypothekensystem

nach amerikanischem Vorbild zu organisieren, was kurz danach Millionen von amerikanischen Haushalten ruinierte. Der deutsche Finanzminister *Peer Steinbrück* sagte am 25. September 2008, zehn Tage nach dem Bankrott von *Lehman Brothers*: »Die Finanzkrise ist vor allem ein amerikanisches Problem.«

## **Wie hat die Politik reagiert?**

Nach der dramatischen Unterschätzung der Krise und nachdem die Bevölkerung das ganze Ausmaß der Katastrophe zu spüren bekam, machten die Politiker große Reformversprechungen: Nie wieder würde geschehen, was geschehen war! In diesen schrecklichen Wochen, in denen die Weltwirtschaft unter dem Schock einer Bankenpleite nach der anderen stand, hatte Frankreich die Präsidentschaft der Europäischen Union inne. Nicolas Sarkozy packte den Stier bei den Hörnern und schlug eine Zusammenkunft der wichtigsten europäischen Politiker in Paris vor, um eine politische Antwort auf den Tsunami zu finden. Er erklärte: »Wir müssen aus einem Kapitalismus ohne Glaube und Gesetz einen intelligenten Kapitalismus machen.«

Nicolas Sarkozy, Angela Merkel, Gordon Brown und Silvio Berlusconi sagten auf dem Pariser Gipfel am 4. Oktober 2008 Rettung für die europäischen Banken zu und forderten einen internationalen Gipfel zur Reform des globalen Finanzsystems. Am 10. und 12. Oktober beschlossen die G7-Länder, danach die der Eurozone, einen umfassenden Plan zur Rettung des globalen Finanzsystems. In den Vereinigten Staaten sah der Paulson-Plan für die USA die Schaffung eines öffentlichen Fonds von mindestens 700 Milliarden Dollar vor, der dem Staat die Möglichkeit gibt, uneinbringliche Forderungen zurückzukaufen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. In Frankreich verabschiedete die Regierung einen nationalen Plan, um den sechs größten Privatbanken Frankreichs 10,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug sollten die Banken Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sowie an Privathaushalte vergeben, um damit die Auswirkungen der Krise auf die Gesamtwirtschaft abzumildern. Allerdings hielten sich die Banken nicht an die Auflagen. In Deutschland sagte der Finanzminister vor der Presse: »Der Bund

garantiert die Ersparnisse der Deutschen.« Das zielte darauf ab, das Risiko einer Panik unter den Einlegern und eines Runs auf die Banken abzuwenden. Auch Berlin erstellte einen Rettungsplan. Schließlich fand am 15. November 2008 in Washington ein G20-Gipfel statt. Die Gruppe der 20 war 1999 nach der Asienkrise als Dialogforum von Finanzministern, Notenbankern und Aufsichtsbehörden von Industrie- und Schwellenländern gegründet worden. Das von der G20 beauftragte Expertengremium *Financial Stability Board* stellte eine unerbittliche Diagnose: Die gefährlichsten Akteure für die Stabilität des internationalen Finanzsystems sind die Großbanken. Sie wurden als »systemrelevant« bezeichnet. Darüber hinaus wurde gefordert, dass intransparente Geschäfte, vor allem außerbörslicher, bilateraler Handel (sogenannter *Over-the-Counter-Handel, OTC*), transparenter und durch Garantien (Margins) abgesichert werden müssen.

Doch die Politiker der EU gaben sich mit Reden zufrieden, während sie sich mit substanziellen Reformen zurückhielten. Im April 2009 warnte Sarkozy die Banken vor Geschäften mit Steueroasen. Er drängte die Banker, »mit gutem Beispiel voranzugehen«, indem sie ihre Aktivitäten in 42 Steueroasen reduzieren, die auf einer Schwarzen Liste der OECD standen. Andernfalls »könnten sie mit Sanktionen rechnen«. Einige Monate später lobte der französische Präsident sich selbst ein wenig vorschnell: »Steueroasen, Bankgeheimnis, damit ist es vorbei!«. Im September 2009 forderten Sarkozy und Merkel erneut die Regulierung des Finanzsystems. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die bereits 2010 das umfangreiche Dodd-Frank-Gesetzeswerk für eine stärkere Finanzregulierung verabschiedet hatten, sollte die EU mehrere Jahre brauchen, um nach und nach einige Finanzreformen durchzuführen.

## **Die Folgen für Wirtschaft und Bevölkerung**

Die europäischen Staaten mobilisierten 4,5 Billionen (4.500 Milliarden) Euro, um zu verhindern, dass ihr Bankensystem wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Aber diese exorbitanten Kosten sind nur die direkten Kosten der Finanzkrise. Hinzu kommen die durch den Crash bedingten indirekten und deutlich hö-

heren Kosten durch Rezession und steigende Arbeitslosigkeit. Denn wie ein toxischer Virus hat sich die Krise der privaten Finanzen auf die öffentlichen Finanzen und die Realwirtschaft ausgeweitet. Der Verlust an finanziellen Werten wurde für die Vereinigten Staaten auf 31% des BIP und für die Eurozone auf 23% geschätzt. Die meisten entwickelten Länder erleben einen dauerhaften Rückgang ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten. Man spricht von der *Großen Rezession*. Im 2. und 3. Quartal 2008 ging die Produktion im Euroraum um 0,4% zurück. Zu den Millionen von amerikanischen Haushalten kommen die Opfer der Krise in Spanien, Irland, Griechenland, darunter zahllose Arbeitslose. Überall hat die Bevölkerung an Kaufkraft verloren.

### **Wie das Krisenmanagement die Krise verschärft hat**

Ab 2010 ist der Euroraum aufgrund der stark gestiegenen öffentlichen Schulden in den meisten Mitgliedsländern fast implodiert. Die plötzliche Schuldenexplosion ist auf die durch die Finanzkrise verursachte Rezession, die Verstaatlichung der privaten Schulden und die Rettung der für die Krise verantwortlichen Banken zurückzuführen.

Es wurde ein regelrechter Teufelskreis in Gang gesetzt, der sowohl die öffentlichen Haushalte als auch das Finanzsystem destabilisierte: Öffentliche Schulden nahmen plötzlich zu, was eine Welle von Misstrauen und Spekulation gegenüber den öffentlichen Haushalten, dem Euro und jenen Banken auslöste, die Hauptgläubiger der Regierungen waren.

Nachdem sie selbst von den großzügigen Rettungspaketen profitiert hatten, begannen die Banken gegen die am stärksten verschuldeten Länder zu spekulieren. Insbesondere amerikanische Hedgefonds konnten den Euro ungehindert nach unten spekulieren.

Weit davon entfernt, die Länder der Eurozone vor der Krise zu schützen, hat der Euro die Krise verstärkt, indem er die Ungleichgewichte zwischen den reichen Ländern des Nordens und den weniger entwickelten Ländern des Südens, den *PIGS* (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien), vertieft hat. Die am stärksten betroffenen Länder sind Griechenland und Irland. Von 2007



bis 2010 stieg die öffentliche Schuldenlast in Griechenland von 105% auf 140% des BIP, in Irland von 25% auf 97%. Diese beiden Länder erhielten finanzielle »Hilfe« von der Europäischen Union und dem *Internationalen Währungsfonds (IWF)*, die auf insgesamt 206,9 Milliarden Euro für Griechenland und 85 Mrd. Euro für Irland geschätzt wird. Um weitere Spekulation gegen den Euro wegen steigender Schulden zu vermeiden, sind diese Hilfen an drastische Strukturanpassungsaufgaben geknüpft: Eine brutale Sparpolitik, deren soziale Kosten immens sind und die mit der Explosion von Armut und Arbeitslosigkeit einhergeht. Der Anteil der Arbeitslosen stieg in Irland auf 13% und in Griechenland auf 25%. Fast das gesamte Geld, das diese beiden Länder erhielten – 77% für Irland und 100% für Griechenland – wurde zur Auszahlung an die Gläubiger und zur Rettung von Banken verwendet, die meisten davon im Ausland, vor allem in Deutschland und Frankreich. Die Hilfe hätte vorrangig an die von der Krise betroffene Bevölkerung gezahlt werden müssen. Wieder einmal sind es die Steuerzahler und die Bevölkerung der betroffenen Länder, die den höchsten Preis zahlen, darunter viele junge Menschen, die in ihren Ländern keine Arbeit mehr finden und auswandern.

Deutschland, den Niederlanden und Österreich ist es gelungen, die Strukturanpassung unter dem Label *Stabilitätspakt* durchzusetzen. Im November 2011 verkündete der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, voller Stolz: »Auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen.« François Hollande, der während seines Wahlkampfes die Finanzmärkte zu »seinen Feinden« erklärt hatte, ging schnell vor Berlin auf die Knie. Die Proteste der Bevölkerung, auch an den Wahlurnen, werden überhört. Die Reaktionen in den von der Krise betroffenen Ländern ließen nicht lange auf sich warten: In griechischen Zeitungen tauchten Karikaturen von Merkel in Nazi-Uniform auf. Die Krise griff prompt auf die Politik über. Sie hat nicht nur die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU vertieft, sondern auf allen Seiten auch Chauvinismus und Nationalismus mobilisiert.

## **Wie »ihre« Krise zu »unserer« Krise wurde**

Die Kosten des Finanzcrashs gehen also weit über die für die Rettung von Banken aufgewendeten Summen hinaus. Die Bankenkrise ist zu unserer Krise geworden, die uns hart trifft: Staatsschuldenkrise, Sparpolitik, Lohnstopp, sinkende Kaufkraft und Investitionen, massive Entlassungen, steigende Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Einschnitte ins soziale Netz etc. Während die für die Krise verantwortlichen Banken um wirklich tiefgreifende Reformen herumkamen, haben die Regierungen »Strukturreformen« beschlossen, wie sie schon immer von den Neoliberalen befürwortet werden. Die Arbeitslosigkeit erreichte historische Höchststände. Die Rechnung zahlen in erster Linie Arbeitnehmer, Rentner und Empfänger von Sozialtransfers. Die offizielle Arbeitslosenquote in der Europäischen Union stieg von 7,3% vor der Krise auf 11,1% im Jahr 2012. Die Arbeitslosenquote für junge Menschen unter 25 Jahren ist in der Eurozone im Durchschnitt doppelt so hoch und erreichte 2012 in Spanien, Griechenland und Portugal fast 50%. Teilzeitarbeit, prekäre Arbeitsplätze, befristete Arbeitsverträge – die Krise hat die Polarisierung zwischen »bullshit jobs« und qualifizierten sowie gut bezahlten Arbeitsplätzen verschärft.

Die Krise war auch die Gelegenheit, eine Schockstrategie anzuwenden, die zu wachsender Ungleichheit zwischen den sozialen Gruppen und zwischen den Mitgliedsländern führte. Ein wichtiges Element waren dabei die öffentlichen Sparmaßnahmen, die den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, z.B. im Gesundheitswesen, einschränkten. Viele Reformen zielten darauf ab, die Lebensbedingungen der heutigen und zukünftigen Rentner zu verschlechtern. In den Vereinigten Staaten wurden in den Monaten nach der Lehman-Pleite täglich 10.000 Familien aus ihren Häusern vertrieben. Wie viele Lebenswege wurden zerstört? Wie viele Haushalte verschuldeten sich? Wie viele Geschäftsaufgaben gab es? Und vor allem, warum?